

200 Euro für die Schülerfahrkarte – Protest aus dem ländlichen Raum ist mehr als berechtigt!

In einem Schreiben an die Landtagsabgeordneten appelliert der Bürgermeister der Gemeinde Süsel, Peter Bimberg, eindringlich an den Landtag, die Pflichtbeteiligung von Eltern an der Schülerbeförderung rückgängig zu machen. Er geht davon aus, dass die Eigenanteile danach künftig vielfach bei rund 200 Euro je SchülerIn und Schuljahr, in vielen Fällen sogar deutlich darüber liegen.

Dazu erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Die Beteiligung von Eltern an der Schülerbeförderung spiegelt das familienpolitische Handeln von CDU und SPD wieder: Sonntags werden familienpolitische Reden geschwungen, am Tag darauf müssen Eltern tief in die Tasche greifen, damit ihre Kinder die Schulpflicht erfüllen können.

Kaum ist das neue Schulgesetz beschlossen, wird die massive finanzielle Belastung der Eltern insbesondere im ländlichen Raum deutlich! Vor allem Familien mit mehreren Kindern sind schwer gebeutelt.

Deshalb begrüßt die Grüne Landtagsfraktion den Protest des Bürgermeisters und fordert auch andere KommunalpolitikerInnen auf, sich lautstark gegen eine Verschlechterung der Lebensbedingungen von Familien im ländlichen Raum zu wehren!

Die Grünen Stimmen für eine Änderung des Schulgesetzes an dieser Stelle sind auf jeden Fall sicher!
